

**Interpellation Wyss-Vilters-Wangs / Zschokke-Rapperswil-Jona:
«Doppelte Belastung durch umweltschädliche Subventionen – wie geht der Kanton vor?»**

Trotz vielfältiger Massnahmen auf allen Staatsebenen zum Schutz von Biodiversität, Klima und Gesundheit verschlechtert sich deren Zustand weiter. Ein wesentlicher Grund liegt in öffentlichen Subventionen und Anreizen, die diesen Lebensgrundlagen direkt oder indirekt schaden. Laut einer Studie der Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) und der Akademie der Naturwissenschaften existieren in der Schweiz auf nationaler Ebene rund 160 Anreize (inkl. Subventionen) mit potenziell biodiversitätsschädigender Wirkung. Viele davon wirken sich zusätzlich negativ auf das Klima oder die menschliche Gesundheit aus.

Diese Praxis führt zu einer doppelten finanziellen Belastung: Die Bevölkerung trägt nicht nur die Kosten der Subvention, sondern oft auch jene für die Behebung der Folgeschäden, die oft vom Kanton finanziert werden müssen – ein ineffizienter Mitteleinsatz mit langfristigen Risiken für Umwelt, Gesellschaft und öffentliche Haushalte.

Die Schweiz hat im Rahmen des globalen Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal bestätigt, die biodiversitätsschädigende Wirkung von Anreizen und Subventionen bis 2030 abzuschaffen, zu reduzieren oder umzubauen. Der Aktionsplan Biodiversität des Bundes (2024) betont, dass hierfür auch kantonale Subventionen auf ihre Wirkung hin überprüft und wenn nötig reformiert werden müssen. Ein Fortschrittsbericht des Bundesrates (2025) hält fest, dass einzelne Kantone bereits mit entsprechenden Analysen begonnen haben. Der Kanton Zürich etwa plant die Publikation erster Ergebnisse im Jahr 2026.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Erkenntnisse zieht die Regierung aus den Aussagen bzw. zu den aktuellen Publikationen des Bundesrates zum Thema Anreize und Subventionen mit biodiversitätsschädigender Wirkung?
 2. Besteht ein Austausch mit dem Bund, mit anderen Kantonen oder mit anderen Stakeholdern zu diesem Thema?
 3. Hat die Regierung bereits eine Analyse der kantonalen umweltschädlichen Subventionen und Anreize eingeleitet oder geplant? Wenn nein, bis wann will sie dies tun?
 4. Wird die Regierung dabei auch die externen Kosten in den Bereichen Klima und Gesundheit analysieren, die in unserem Kanton durch finanzielle Anreize entstehen können?»
3. Dezember 2025

Wyss-Vilters-Wangs
Zschokke-Rapperswil-Jona